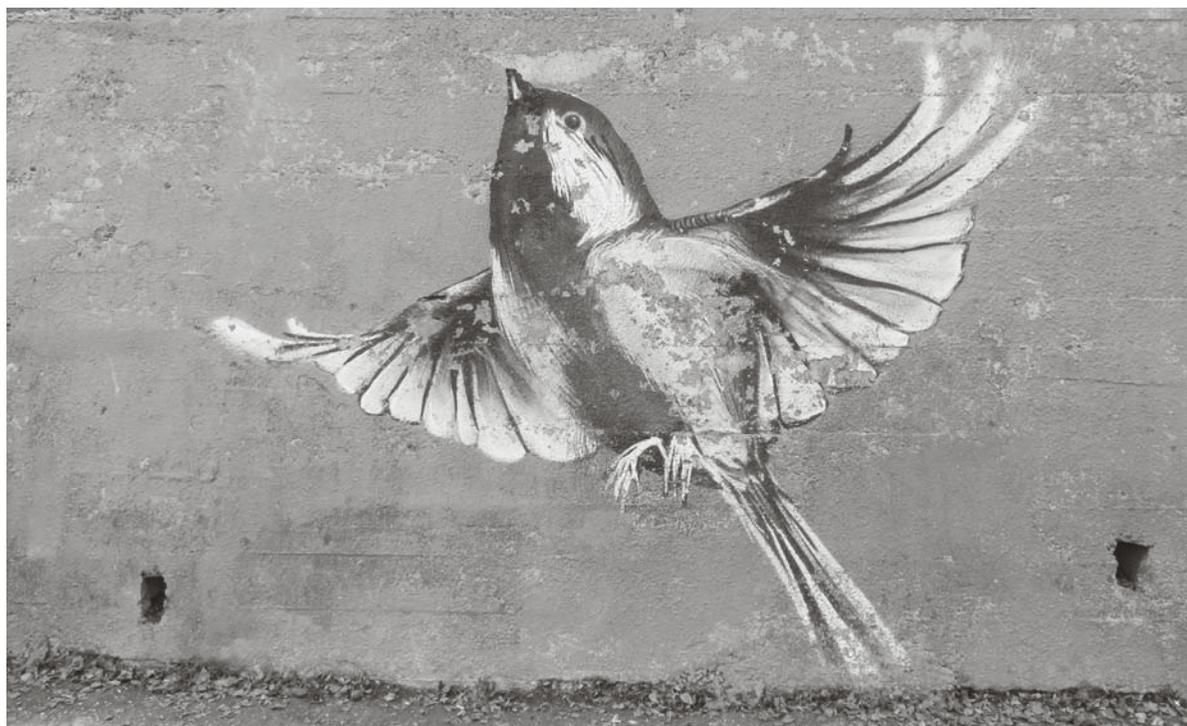


ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



«Ich träumte, ich könnte fliegen.» Wandmalerei in einem Lager für Geflüchtete bei Sarajevo.

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

BOSNIEN/MIGRATION

Fegefeuer für Unerwünschte

Auf der Balkanroute befinden sich erneut sehr viele Migrant·innen in einer prekären Situation, während sich die öffentliche Aufmerksamkeit in einem Konkurrenzkampf des Schreckens anderen Notsituationen zugewandt hat. Jedoch die Opfer der gestrigen und heutigen Kriege und Krisen treffen wir hier – unterwegs nach Europa, in der Hoffnung, endlich in Sicherheit leben zu können.

Das Jahr 2023 war geprägt von einem kontinuierlichen Anstieg der Anzahl von Migrant·innen auf der Balkanroute, die in den offiziellen Transit-Aufnahmezentren in Bosnien und Herzegowina registriert wurden. Gleichzeitig handelte es sich um die höchste Zahl registrierter Ankünfte im Jahr – mehr als 34.000 – seit dem Jahr 2017. Damals hatte Bosnien mit der offiziellen Registrierung von Menschen auf der Balkanroute begonnen. Obwohl das Interesse und die Unterstützung für die Migrant·innen auf der Balkanroute seit Beginn des Krieges in der Ukraine deutlich zurückgegangen ist, erweist sich die Route als aktiver denn je – selbst im Vergleich zu 2019 oder 2020, die oft als Spitzenjahre für die Ankunft von geflüchteten Menschen in Bosnien angesehen werden. Natürlich müs-

sen wir davon ausgehen, dass die Gesamtzahl der Menschen, die das Land durchquert haben, höher liegt, da sich viele von ihnen nie in einem der Transit-Aufnahmezentren registrieren lassen. Deshalb bleibt die genaue Zahl unbekannt. Die Haupteinreisepunkte nach Bosnien sind seit langem dieselben: die Grenzgebiete zu Serbien im Osten und zu Montenegro im Südosten. Die Hauptausreisepunkte in Richtung Kroatien und damit in die EU ändern sich jedoch öfters – wie vor nicht allzu langer Zeit von der nordwestlichen Grenze (Kanton Una-Sana mit den Städten Bihać und Kladuša) hin zum nördlichen Gebiet des Flusses Sava und den südlichen Grenzgebieten.

Derzeit gibt es vier offizielle Transit-Aufnahmezentren im Land, zwei davon in Sarajevo (das Blažuj-Lager für alleinstehende

Männer und das Ušivak-Lager für Familien und Minderjährige) sowie zwei in Bihać (das Lipa-Lager für alleinstehende Männer und das Borići-Lager für Familien und Minderjährige). Mit Ausnahme des Lipa-Lagers, das ausschliesslich vom Staat betrieben wird, besteht bei den übrigen drei Lagern eine Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen Ausländer·innendienst und der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Diese drei Zentren befinden sich momentan in einem Übergangsprozess, bis sie vollständig vom Staat übernommen werden. Es ist jedoch nicht klar, ob dieser Übergang bis zum Ende dieses Jahres stattfinden wird oder nicht. Was die Herkunftsländer betrifft, so kommen die meisten der durch Bosnien reisenden Migrant·innen aus Afghanistan, Syrien, Marokko, Iran, Algerien, der Türkei, Pakistan usw., wobei etwa 80 Prozent von ihnen alleinstehende Männer sind, gefolgt von unbegleiteten Minderjährigen (ca. 10 Prozent), Kindern in Familien (4 Prozent), Erwachsenen in Familien (4 Prozent) und alleinstehenden Frauen (ca. 2 Prozent).

Kein Ort für Schutzsuchende

Das vergangene Jahr brachte viele Veränderungen und Verschiebungen vor Ort mit sich. Eine der bedeutendsten Veränderungen fand Anfang 2023 statt, als Kroatien dem Schengen-Raum beitrug. In den darauffolgenden Monaten begann die kroatische Polizei mit der Ausstellung von sogenannten Drei-Tage- und Sieben-Tage-Papieren. Das bedeutete, dass den Personen, die diese Papiere erhiel-

ten, drei bzw. sieben Tage Zeit gelassen wurde, um Kroatien und den europäischen Wirtschaftsraum zu verlassen. Doch für viele war dies eine Möglichkeit, Kroatien zu durchqueren, ohne Angst haben zu müssen, nach Bosnien zurückgeschoben zu werden. So konnten sie für ihre Durchreise einen Bus oder Zug nehmen, was vorher fast unmöglich war. Obwohl es weiterhin illegale Rückschiebungen gab, war ihre Zahl deutlich geringer. Nach einer relativ ruhigen Phase in der ersten Jahreshälfte 2023 nahmen die Pushbacks jedoch seit dem Sommer und vor allem im Herbst 2023 wieder zu – sowohl an der Zahl als auch an Brutalität.

Eine weitere grosse Veränderung der Situation vor Ort begann Anfang November 2023, als die serbischen Behörden damit begannen, das nördliche Gebiet (an der Grenze zu Ungarn und in den Städten Sombor und Subotica) von den sich dort aufhaltenden Migrant:innen zu räumen. Die systematische Kampagne zur Zurückdrängung der Menschen in den Süden Serbiens und in die Region Presevo sowie die Schliessung der offiziellen Lager in Nordserbien führten dazu, dass mehr Schutzsuchende nach Bosnien kamen und die höchste Anzahl von Neankömmlingen vom ganzen Jahr verzeichnet wurde. In dieser Zeit waren die Lager in Sarajevo und Bihać beinahe voll ausgelastet. Zum ersten Mal seit vielen Jahren konnten wir eine deutlich höhere Zahl von Syrern und Syrerinnen feststellen, die damit die erste Nationalität bei den Ankünften in den Lagern waren, gefolgt von Afghanistans und Marokkos. Ein weiterer Grund für die höhere Zahl von geflüchteten Menschen in Bosnien Ende 2023 waren die anhaltenden Pushbacks aus Kroatien, die sich in den letzten Monaten wieder verstärkt haben. Die letzten Berichte über die Brutalität der kroatischen Polizei erinnern uns an diejenigen, die wir in der Vergangenheit gehört und gesehen haben: Schläge, Ausziehen von Kleidern und Schuhen, Konfiszierung von Eigentum (Geld, Telefone und andere Gegenstände) sowie andere demütigende und folterähnliche Methoden, für welche die kroatische Polizei inzwischen bekannt ist. Immer mehr Geflüchtete berichten, dass sie jeweils in einem von den drei offiziellen Gefängnislagern in Kroatien festgehalten wurden – Ježev, Trilj und Tovarnik – aber auch an anderen Orten, die sie nicht näher lokalisieren konnten.

Gleichzeitig führt Kroatien Migrant:innen über so genannte offizielle «Rückübernahmen» nach Bosnien zurück. Letztes Jahr sorgten diese «Rückübernahmen» für grosses öffentliches und mediales Aufsehen (im März, April und Mai 2023). Nachher sah es danach aus, als ob sich die Lage beruhigt hätte, und die Angelegenheit verschwand aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Die Rücküberstellungen erfolgten jedoch weiterhin über die offiziellen Grenzübergänge im Norden und Nordwesten des Landes, wobei jede Woche ein bis zwei Busse mit Geflüchteten

von Kroatien nach Bosnien zurückgeschickt wurden. Nach Angaben des Sicherheitsministeriums von Bosnien und Herzegowina nahm das Land im Jahr 2022 im Rahmen des Rückübernahmeabkommens mit Kroatien 836 Drittstaatsangehörige auf. Die offiziellen Daten für 2023 liegen noch nicht vor, aber es ist davon auszugehen, dass die Zahl noch viel höher liegen wird.

Rückgang der Hilfe

In der Öffentlichkeit und bei den wichtigsten Akteuren (staatliche Institutionen, Ministerien usw.) in Bosnien ist das Thema Migration fast völlig verschwunden. Dies entspricht einer allgemeinen Verlagerung der Aufmerksamkeit. Das Jahr 2023 war durch einen Rückgang der Unterstützung gekennzeichnet – in Form von materieller und finanzieller Hilfe –, aber auch durch einen Rückgang des allgemeinen Interesses an der Balkanroute aus mehreren Gründen: Krieg in der Ukraine, Krieg in Gaza, dadurch die ständige Verschiebung der Aufmerksamkeit von einer Notsituation zur anderen. Dies führte auch dazu, dass es inzwischen weniger Gruppen vor Ort gibt, die ausserhalb der offiziellen Lager Unterstützung leisten, und auch die Zahl der Freiwilligen ist gesunken.

Unsere Hilfsinitiative Kompas 071¹ in Sarajevo hatte das ganze Jahr über Probleme wegen des Mangels an «Non Food Items» (Kleider, Schuhe, Hygieneartikel usw.), mit denen wir jeweils die Durchreisenden in der Region unterstützen. Im gesamten Jahr 2023 erhielt Kompas nur vier Lastwagenlieferungen von «Non Food Items», die den Gesamtbedarf der Menschen, die zu uns in den «Freeshop» kamen, nicht decken konnten. Mehr Lieferungen bedeuten natürlich, dass wir weniger Geld für den Kauf von Material ausgeben müssten. Mit den Spendengeldern, die wir sonst bekommen, schaffen wir nur ein Minimum. Trotzdem bleiben wir standhaft und hoffnungsvoll, dass wir unsere Arbeit fortsetzen können, aber mit dem Anstieg der Hilfesuchenden stehen wir vor sehr schwierigen Zeiten. In den ersten drei Monaten des Jahres 2024 haben wir einen Lastwagen mit Kleidung und anderen lebensnotwendigen Gütern aus Italien erhalten, und wir hoffen, in den nächsten Wochen weitere Lieferungen zu bekommen. Ein Transport aus der Schweiz mit rund drei Tonnen Material wird in Kürze bei uns eintreffen. Die Sammlung war im März und April von unserem Freund Danilo Gay mit dem Verein L'Escale in Saint Prex und vom Europäischen Bürger:innen Forum (EBF) in Basel organisiert worden. Vorhersagen für die kommenden Monate, wie es hier vor Ort weitergehen wird, sind angesichts der unbeständigen Lage sehr unsicher.

EU-Beitritt nur über Frontex

Im März dieses Jahres hat Bosnien grünes Licht für die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen erhalten. Um diese zu ermögli-

chen, muss Bosnien u. a. die Verhandlungen über ein Abkommen mit der europäischen Grenzschutzagentur Frontex wieder aufnehmen. Der Abschluss eines solchen Abkommens gilt als eine der wichtigsten Verpflichtungen für den «bosnischen Weg nach Europa». Der letzte Versuch, eine Übereinkunft mit Frontex zu schliessen, scheiterte 2018, und bis heute ist Bosnien das einzige Land auf dem westlichen Balkan, das kein Abkommen mit der Agentur unterzeichnet hat. Seit 2019, als Frontex seine erste Operation in einem Nicht-EU-Land startete, wurden rund 500 Beamte in der Balkanregion eingesetzt. Es gibt gemeinsame Operationen an den EU-Aussengrenzen mit Kroatien, Albanien, Nordmazedonien und Serbien sowie über das Abkommen mit Montenegro, das im Juli 2020 in Kraft trat.

Gleichzeitig hat die EU einen neuen Asyl- und Migrationspakt verabschiedet, der nicht nur innerhalb der EU-Grenzen, sondern wie immer auch an allen Aussengrenzen der EU grosse Auswirkungen haben wird. Es war klar, dass das neue EU-Abkommen denjenigen, die vor Kriegen, Katastrophen und Diktaturen Schutz suchen, nur noch mehr Leid bringen wird. Denn die Reformen bedeuten weniger Schutz und mehr Menschenrechtsverletzungen, welche die EU allerdings schon seit Jahren an ihren Aussengrenzen vom Balkan bis zur Türkei und Nordafrika praktiziert, u.a. illegale und gewalttätige Zurückweisungen, willkürliche Inhaftierungen und diskriminierende Polizeiarbeit. Der neue Pakt sieht unter anderem die Einführung der so genannten neuen Schnellverfahren an den EU-Aussengrenzen vor, bei denen Menschen, die angeblich nicht die Voraussetzungen für Asyl erfüllen, unverzüglich in ihre Herkunftsländer oder sogenannte sichere Drittstaaten zurückgeschickt werden. Dies wird Bosnien und die anderen Westbalkan-Länder, die ausserhalb der EU stehen, mit Sicherheit in eine noch schwierigere Lage versetzen. Sie könnten zu Stationen von einer Art «Fegefeuer für die Unerwünschten» werden – ohne jede Möglichkeit, die von der EU beschlossenen Massnahmen zu beeinflussen oder abzulehnen.

Ines Tanović-Sijerčić,
Kompas, Sarajevo

1. Kompas 071 ist ein gemeinnütziger Verein in Sarajevo, der ein Lokal für Migrant:innen betreibt. Hier können sie duschen, Wäsche waschen, Lebensmittel und Kleider bekommen und sich ausruhen. Kompas bietet auch Rechtshilfe. Die fünf Mitarbeitenden sind unermüdet im Einsatz. Diese wertvolle Initiative wird regelmässig vom EBF finanziell unterstützt.

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

Libanon – seine Geschichte seit der Unabhängigkeit

Der Libanon ist mit rund zehntausend Quadratkilometern flächenmässig ungefähr ein Viertel so gross wie die Schweiz aber mit 667 Einwohnerinnen pro Quadratkilometer dreimal so dicht bevölkert. Dieser schmale 220 km lange Streifen Land entlang der östlichen Mittelmeerküste zwischen Israel und Syrien stand von 1919 bis 1943 gemeinsam mit Syrien unter französischem Mandat, bis er seine staatliche Unabhängigkeit in allgemeinen Wahlen beschloss. Das Land hat seit seiner Gründung nur wenige friedliche Perioden erlebt und viele Libanesinnen haben ihr Land verlassen, das zum Spielball der verschiedenen Interessen im Nahen Osten geworden ist. In den 1950er Jahren flohen viele Palästinenserinnen in den Süden Libanons, bis die Palästinensische Befreiungsfront PLO 1970 ihre Kommandostruktur aus Palästina nach Beirut verlegte und vom Libanon aus zahlreiche Anschläge auf Israel verübte. 1970 kam es zum blutigen libanesischen Bürgerkrieg, der erst 1989 ein Ende fand. Israel marschierte 1982 mit Bodentruppen im Libanon ein, mit dem Ziel, die PLO aus dem Libanon zu vertreiben. Die PLO-Führung verlegte daraufhin ihr Quartier nach Tunesien, aber rund 500.000 Palästinenserinnen leben bis heute noch im Land. Ein Grossteil der libanesischen Bevölkerung floh aus

dem bis 2020 von der israelischen Armee besetzten Südlibanon. Zurück bleibt eine 6 Meter hohe Mauer, die den Süden Libanons von den besetzten palästinensischen Gebieten trennt. Auch Syrien hatte seit 1975 ständig Truppen im Libanon stationiert und wurde erst mit der Zedernrevolution¹ im Jahr 2005 gezwungen, diese aus dem Libanon ganz zurückzuziehen. Kurz darauf führte die militärische Niederschlagung der Protestbewegung in Syrien zu einem anhaltenden Flüchtlingsstrom in die Nachbarländer. Bereits im März 2013 waren offiziell rund 700.000 syrische Geflüchtete im Libanon; heute wird die Zahl auf 1,5 Millionen geschätzt. Diese schmerzhaften blutigen Geschichte des kleinen Landes hat zum völligen Zerfall der staatlichen Strukturen geführt. Seit 2019 befindet sich das Land in einer schweren Wirtschaftskrise. Der libanesischen Staat hat fast 90 Milliarden US-Dollar an Schulden angehäuft. Ein Drittel seiner Bevölkerung ist derzeit von Hunger bedroht. Aktuell hat der Libanon von allen Staaten der Welt den höchsten Anteil von Geflüchteten an der Gesamtbevölkerung.

1. «Zedernrevolution» ist die Bezeichnung für die Serie von Demonstrationen der Zivilgesellschaft im Libanon, hauptsächlich in Beirut, die durch ein tödliches Attentat auf den ehemaligen libanesischen Premierminister Rafiq al-Hariri am 14. Februar 2005 ausgelöst worden war.

NAHER OSTEN

Ein Brief aus dem Libanon

Im Februar 2024 erhielten wir diesen Brief aus dem Libanon von unserer Freundin Clara*. Inzwischen haben wir ihr geholfen, in Deutschland, der Schweiz und Frankreich einige Informationsveranstaltungen zu organisieren, durch die auch finanzielle Unterstützung zusammengekommen ist. Der Krieg ist heute noch näher an die Menschen von dort herangerückt.

Liebe Freundinnen und Freunde, jeden Tag werden im Südlibanon, an der Grenze zum besetzten Palästina, Bomben aus Israel geworfen, die Leben zerstören, aber auch ganze Dörfer, Hoffnungen, die Natur. Der Süden ist nämlich wunderschön, mit all den Olivenbäumen und dem Berg Hermon, der in der Ferne zu sehen ist; das ganze Leben hier wird zerstört.

Ich schreibe Euch aus der Bekaa Ebene im Libanon. Vielleicht wissen viele von Euch nicht, dass in den letzten Monaten 80.000 Menschen¹ im Südlibanon, an der Grenze zu Israel, wegen der Bombardierungen in die Nachbarregionen und -dörfer ziehen mussten. Sie werden von Bekannten oder Freundinnen aufgenommen, andere werden in Gemeindefestzentren, Schulen oder Festsälen untergebracht. Dort warten sie darauf, zurückkehren zu können. Die Kinder gehen nicht mehr zur Schule, die Menschen können nicht mehr arbeiten, sich nicht mehr um ihr Land kümmern und auch nicht mehr das Olivenöl herstellen, das sie jährlich produzierten und das eine wichtige Einnahmequelle für sie war. Die israelische Besatzungsarmee hat mehr als 50.000 Olivenbäume zerstört und das Land

durch die Bombardierungen mit Phosphor verseucht. Zurzeit ist Winter; es ist kalt und nass, die Grippe geht um, Husten, Müdigkeit... Es gibt kaum geheizte Räume, da es weder Elektrizität noch Bäume für Brennholz gibt, und Heizöl ist teuer, so dass Heizen ein knappes Gut ist. Die Krise ist allgegenwärtig und durch den Krieg und die schnelle Vertreibung der Bevölkerung ist es sehr kompliziert, in der Region Lebensmittel, Kleidung, Decken, Hygieneartikel für Babys, Kinder und Frauen zu finden. Die meisten Märkte und Supermärkte in der Nähe der Grenze sind geschlossen, da ihre Besitzerinnen Angst vor Bombenangriffen haben. Es ist also kaum möglich, die wichtigsten Dinge für den täglichen Bedarf zu finden.

Wir von Buzuruna Juzuruna² versuchen, die Menschen in der Region und auch die Leute von der Zivilverteidigung an der Grenze zu unterstützen. Die Zivilverteidigung ist eine Art «Feuerwehr», sie ist Teil der Regierung und hat nichts mit der Hisbollah oder einer anderen Miliz zu tun. Es ist eine partei- und religionsunabhängige libanesischen Hilfsorganisation wie z.B. das Rote Kreuz.

Ihr alle kennt die Geschichte der Länder hier, die Besatzung, die Spannungen zwischen der Besatzungsarmee und der Hisbollah, die Kriege ... Jetzt sind wir wieder so weit: Tausende von Menschen wissen nicht, wohin sie gehen sollen. Wir befinden uns in einer verrückten Welt und heute ist das Einzige, was uns bleibt, aktiv zu sein und zusammenzuhalten. Einander zu helfen, vor allem denjenigen, die dringend Hilfe benötigen. Daher fragten wir unsere Freundinnen und Freunde vom Europäischen Bürgerinnen Forum um Hilfe. Es geht in Moment nicht um ein bestimmtes Budget, sondern eher um eine dringende Hilfe, damit wir bedürftige Familien im Süden mit dem Nötigsten versorgen können. Eine erste finanzielle Unterstützung hat uns die Organisation bereits zugesagt. Mit dem Geld werden Produkte für die Menschen, die noch im Grenzgebiet sind, eingekauft. Haltbare Lebensmittel, Hygieneartikel und Decken werden an Familien und Einzelpersonen, die noch an der Grenze leben, verteilt, wo die Geschäfte geschlossen oder zerstört sind. Die Sachen werden von Freundinnen verteilt, mit denen wir in Verbindung stehen; sie fahren damit in den Süden direkt zu den Einwohnerinnen. Sie versuchen, das Ausmass des Bedarfs zu ermitteln und angemessen darauf zu reagieren. Auf weitere Sicht möchten wir den jungen Menschen ermöglichen, trotz der Kriegssituation ihren Studien nachgehen zu können – das kostet Geld, welches im Moment nicht vorhanden ist. Auch den Kindern, die nicht mehr zur Schule gehen können, möchten wir ein Alternativprogramm anbieten. Zur Zeit ist es unmöglich zu ermesen, wie lange die Menschen Hilfe brauchen werden.

Im Südlibanon sind vorläufig keine grossen Hilfsorganisationen unterwegs. Die Menschen helfen sich untereinander. Es gibt eine grosse Solidarität, doch die Gegend an der Grenze ist ein gefährliches Gebiet. Die Menschen, die da zurzeit Hilfe leisten,

sind zumeist persönlich motiviert. Hier ein paar Worte unseres libanesischen Freundes Tamir*, der solche Hilfslieferungen macht: «Hier im Libanon, insbesondere im Südlibanon, ist seit Beginn im Jahr 1948 der Nahostkonflikt sehr präsent; die Bevölkerung hier hat viel ertragen: Besetzung durch die syrische und die israelische Armee, ethnische Säuberungen der in diesem Gebiet lebenden Bevölkerung, Zerstörung unserer Verbindungen, unserer Zusammenarbeit, unserer gemeinsamen Geschichte und Zukunft, unserer Kulturen und Traditionen. Da ich zu den Vertriebenen gehöre und eine direkte Verbindung zum Süden habe, ist es mir wichtig, den Bedürftigen so stark wie möglich zu helfen.»

Um über die schlimme Situation hier zu berichten und Menschen zu finden, die finanzielle Hilfe leisten können, mache ich mit einer libanesischen Freundin von Mitte März bis Mitte April eine Informationstournee durch Deutschland, die Schweiz und Frankreich. Vielleicht treffen wir uns bei dieser Gelegenheit.

Clara*, Mitglied von Buzuruna Juzuruna, Saadnayel, Februar 2024

*Die Eigennamen wurden von der Redaktion geändert. Zum Thema Libanon und dem Projekt von Buzuruna Juzuruna haben wir in den letzten Jahren mehrere Artikel in folgenden Nummern im Archipel veröffentlicht: 327, 319, 295 und 259.

1. Inzwischen sind es weit über 90.000 Menschen, die flüchten mussten.

2. Seit sechs Jahren betreibt das Team von Buzuruna Juzuruna

(BJ), das aus Libanes:innen, syrischen Geflüchteten sowie Franzosen und Französinnen besteht, auf einem zwei Hektar grossen Bauernhof im Libanon (in Saadnayel in der Nähe von Zahlé) eine Vielzahl von Aktivitäten: Saatgutproduktion, Suche nach lokal angepassten Sorten, Verkauf von Gemüsekörben und Blumensträussen in Beirut, verschiedene Schulungen (Kompostherstellung, natürliche Behandlungsmethoden, Saatgutgewinnung), Unterstützung von syrischen Geflüchteten in Lagern, Aktivitäten für Kinder (u.a. Zirkus in einem Zelt), sowie einen Gemüsegarten in Saadnayel, der von rund zwanzig Familien bewirtschaftet wird. Ausserdem unterstützt es Initiativen in der bäuerlichen Landwirtschaft in Syrien. Die Leute von BJ sind eng mit den Bewegungen verbunden, die an der «Revolution» im Libanon beteiligt waren, welche im Oktober 2019 ausgebrochen war. Mehrere Monate lang wurden damals die Plätze in vielen Städten besetzt und unter anderem wurde die Frage der Ernährungsautonomie aufgeworfen.

TÜRKEI/MIGRATION

Die Türkei – ein «sicheres Drittland»?

Wie in vielen Teilen der Welt hat auch in der Türkei das Erstarken offen rassistischer und manchmal faschistischer Gruppen und politischer Parteien Menschen, die mit diesen Ansichten sympathisieren, dazu ermutigt, offener gewalttätig zu werden. Teil 2*.

Ayşegül Karpuz Tör ist eine bekannte Strafverteidigerin und Anwältin in der Region Izmir. Sie erwähnt speziell die Zunahme rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalt. Überall in der Türkei, auch in Izmir, werden Häuser und Geschäfte von Migrant:innen angegriffen, und die Anti-Ausländer:innen-Rhetorik nimmt zu, meist gefolgt von rechten oder sogar faschistischen Parteien, die sich auf Anti-Migrations-Stimmungsmache konzentrieren. Ihr Hass und ihre Gewalt lasse Erdogan im Vergleich dazu wie einen Freund der Geflüchteten erscheinen, sagt Omar, der seit Jahren mit Migrant:innen im Stadtteil Basmani arbeitet.

Ayşegül Karpuz Tör vertritt gerade den Fall eines Syrers, der Opfer des derzeit in der Türkei herrschenden Anti-Migrationsklimas geworden ist. Sie möchte ihn uns mitteilen, da er symptomatisch für die aktuelle Stimmung ist. Hier eine Zusammenfassung der Ereignisse: Der 60-jährige Mann wird von 20 bis 25 Personen unter fadenscheinigen, unberechtigten Vorwürfen von Pädophilie im Hof einer Moschee mit Messern und Knüppeln schwer verletzt. Die Polizei kommt hinzu und befreit den syrischen Mann aus der Umzingelung der Gruppe. Wenig später versammeln sich fast 200 Personen und skandieren: «Wir wollen keine Syrer!». Die Polizei untersucht nicht, wer den Mann geschlagen hat, und interessiert sich nicht für Zeugenaussagen. Sie nimmt den alten Mann einfach fest, bringt ihn zuerst ins Krankenhaus und dann auf die

Polizeiwache, um seine Aussage aufzunehmen, danach lassen sie ihn wieder frei.

Später wird dieses Ereignis in den sozialen Medien geteilt, insbesondere von Mitgliedern der Victory Party (ultranationalistische Partei mit einer migrant:innenfeindlichen Ausrichtung), mit Hashtags wie «Was ist los in Buca?» (Buca ist der Stadtteil, in dem der Vorfall stattfand.) «Die Polizei hat einen syrischen Pädophilen freigelassen!» Am nächsten Tag erteilt der Staatsanwalt der Polizeistation, auf der dieser syrische Mann festgenommen worden war, den Befehl: «Haltet diesen Mann fest und bringt ihn in die Abschiebehaftanstalt. Schiebt ihn ab, weil er die öffentliche Ordnung gestört hat». Sie konnten ihn aber nicht abschieben, weil dies nicht legal war.

Immer häufiger

Alle Personen, mit denen ich gesprochen habe, sei es in Interviews oder informell, haben bestätigt, dass Ähnliches im ganzen Land, vor allem aber in den Grossstädten, immer häufiger vorkommt. Wenn Sie sich auf Twitter umsehen, werden Sie feststellen, dass viele Accounts solche Geschichten verbreiten, um die Stimmung gegen Migrant:innen zu verstärken. Die grossen Medien, die unter der Kontrolle der Regierung stehen, scheinen ebenfalls dazu beizutragen. Bilen, Spezialistin für politische Kommunikation, Beraterin und Co-Direktorin des Verbands Media and Migration, von dem regelmässig Berichte über die Darstellung von Migrant:innen in

den türkischen Medien veröffentlicht werden, veranschaulicht dies: «Zunächst einmal stellt das Fehlen eines Kontextes ein sehr grosses Problem dar. Man sieht in den Medien nur Menschen, die auf die Strasse rennen, die versuchen zu fliehen oder aus ihrer Heimat wegzugehen; man sieht nur das. Es wird nicht über die Gründe gesprochen, welche die Menschen dazu bringen, so zu handeln.»

Die unberechenbare Migrationspolitik der Regierung Erdogan hat eine starke rechtsextreme Bewegung hervorgebracht, die versucht, die Migrant:innen für die wirtschaftlichen Misserfolge des Erdogan-Regimes verantwortlich zu machen, und führt damit die Vorstellung, auf die das gesamte EU-Türkei-Abkommen gestützt war, ad absurdum. Die Türkei ist keinesfalls ein «sicherer Drittstaat», aber das Obengenannte ist nur ein Teil des Grundes.

Die Abschiebegefängnisse

Zu der fremdenfeindlichen Atmosphäre und der Gefahr organisierter Gewalt kommen die Unterdrückung und Gewalt des türkischen Staates hinzu. Verstärkte Überwachung und Kontrollen durch uniformierte Beamte auf der Strasse sind üblich und nehmen zu. Ich persönlich wurde Zeuge, wie eine Frau von uniformierten Beamten auf die Strasse gezerrt, getreten und in einen zivilen Lieferwagen verfrachtet wurde. Und das mitten auf dem Basmani-Platz gegen fünf Uhr nachmittags. Alle Personen, mit denen wir gesprochen haben, bestätigten, dass es sich dabei um eine normale Praxis handelt, insbesondere in Basmani.

Dies wäre an sich schon beunruhigend genug, aber was dann geschieht, ist noch beunruhigender. Die Geschichte der Abschiebezentren in der Türkei ist nicht sehr bekannt, aber Organisationen wie das «Global Detention Project», für das ich tätig war, berichten darüber. Menschen wer-

den in der Regel in diesen Zentren festgehalten, nachdem sie beim Versuch, die Grenze zu überqueren, festgenommen oder festgehalten wurden und auf ihre Abschiebung warten. Im Durchschnitt befinden sich zu jeder Zeit mehr als tausend Personen in diesen Zentren. In der Regel werden die Personen nach Geschlechtern getrennt und Familien dürfen zusammenbleiben. In den Zimmern leben durchschnittlich acht bis zehn Personen. Es herrscht oftmals ein Mangel an Matratzen und es gibt keine Aussenbereiche. Die Dauer der Inhaftierung der Menschen scheint meist willkürlich zu sein und reicht von einigen Tagen bis zu einem Jahr. Manchmal werden Leute freigelassen, weil die Zentren überfüllt sind.

«So ein Zentrum ist schlimmer als ein Gefängnis, nehme ich an. Sie sagen immer, dass es ein Gefängnis ist. Wenn mich jemand anruft, sagen sie immer: Einer meiner Freunde ist im Gefängnis», sie sagen nie «Haftzentrum» oder «Lager», antwortet Esem auf meine Frage nach den Haftbedingungen in den Zentren. Sie ist eine unabhängige Anwältin, die regelmässig mit Mandant:innen im Vorabschiebezentrum in Izmir zu tun hat. Wir haben lange über die Haftbe-

dingungen in dem Zentrum gesprochen, und sie betont, dass die häufigste Beschwerde, die sie erhält, die mangelnde medizinische Versorgung im Zentrum betrifft. Ein typischer Tag von zwei Anwält:innen, die in dem Zentrum arbeiten, wurde aufgrund der überwältigenden Anzahl von Klient:innen, fehlender Übersetzungen und unkooperativem Personal von den Anwält:innen als lang und anstrengend beschrieben:

«Früher war es einfach, durch den Haupteingang in die Räume zu gehen, in denen wir die Gespräche führten. Aber jetzt nehmen sie unsere Handys weg, kontrollieren unsere Taschen und wollen sogar unsere Laptops mitnehmen. Wenn wir hineingehen, unterbrechen sie unsere Kommunikation mit der Aussenwelt. Wir verbringen den ganzen Tag dort, weil es wirklich schwierig ist, jemanden zu Gesicht zu bekommen. Alles dauert lange, der Ort ist überfüllt und es gibt nicht viele Anwält:innen. Im Gegenteil, sie tun alles dafür, dass die Migrant:innen keine rechtliche Unterstützung bekommen. Sie mögen uns Anwält:innen nicht. Deshalb haben sie diese neuen Methoden eingeführt», sagt Esem «Die Bedingungen, unter denen wir arbeiten müssen, erschweren nicht nur den Zugang für den Rechtsbeistand, sondern üben auch Druck auf uns Anwält:innen aus.» Ayşegül Karpuz Tör fügt hinzu: «Ich wurde verklagt, weil ich mich geweigert hatte, mich einer Leibesvisitation zu unterziehen und meine Tasche am Eingang eines Abschiebegefängnisses öffnen zu lassen, und wurde später freigesprochen. Nach türkischem Recht sind für die Durchsichtung eines Rechtsanwalts bzw. einer Rechtsanwältin besondere Genehmigungen erforderlich, wie z. B. die Entscheidung eines Richters. Oder die Person muss zu dem Zeitpunkt erwischt werden, an dem sie ein Verbrechen begeht. Wenn dies nicht der Fall ist, darf ein Anwalt oder eine Anwältin nicht durchsucht werden. Ich habe mich gewehrt, weil ich der Meinung bin, dass Abschiebe- und Haftanstalten keine Gefängnisse sind und Drittstaatsangehörige oder Migrant:innen keine Gefangenen. Ich bin deswegen vor Gericht gegangen und wurde für unschuldig erklärt und freigesprochen.»

Kein Wasser, kein Essen

Als wir mit Esem sprachen, berichtete sie uns, dass die Zentren in letzter Zeit überfüllt waren und die Behörden Hunderte von Menschen dorthin brachten, die dann im Hof ohne Zugang zu Toiletten, Duschen oder Wasser festgehalten wurden. Dies hatte sich in der Woche vor unserem Interview ereignet. Da Anwält:innen, die in der Türkei in diesem Bereich arbeiten, ihre Mandant:innen meist durch Empfehlungen gewinnen, begann sie aus Gründen, die sie nicht verstand, Anrufe von Personen zu erhalten, die sie nicht kannte.

«Eigentlich fing es letzte Woche an, als wir ankamen, um uns mit unseren Kund:innen zu treffen. Es waren Leute im Hof und zuerst dachten wir, dass es sich um eine Aufnahme ins Zentrum handelte, dass sie vielleicht Leute vom Meer oder aus dem Bus mitgebracht hatten und sie aufnahmen. Aber sie blieben den ganzen Tag dort. Dann fingen sie an, uns durch die Fenster des Zentrums um Wasser zu bitten. Wir durften nicht einmal mit ihnen sprechen. Wenn wir mit ihnen

sprachen, kamen die Wachen und unterbrachen unser Gespräch. Sie erzählten uns, dass sie schon seit dem Wochenende und drei Tage danach hier waren, dass sie da schliefen, aber keine Decken, kein Essen und kein Wasser hatten. Es waren auch Kinder dabei. Als wir die Wärter über die Situation informierten, erhielten wir keine Erklärung. Am nächsten Tag wiederholte sich das und dauerte die ganze Woche an. Aber es waren plötzlich andere Leute da. Vielleicht hatten sie die Vorherigen ins Haus gebracht, um Platz für Neuankömmlinge zu schaffen. Wir erhielten ständig Anrufe von Menschen, die sich darüber beschwerten, dass sie seit einer Woche nicht geduscht oder gegessen hatten und dass es viele Kinder gab. Sie flehten uns an, etwas zu tun. Ich schrieb ein Dutzend Petitionen an den Leiter des Zentrums, aber ich erhielt nie eine Antwort und die Situation blieb gleich.»

Illegale Abschiebungen

Bald erreichte die Situation ihren Höhepunkt, wie sie weiter erklärte: «Gestern Abend riefen mine Klient:innen wieder an. Sie sagten mir, bitte holt uns hier raus, bitte helft uns. Als ich im Zentrum ankam, standen dort zwölf Busse. Die grossen wie die für die Transfers. Sie brachten die Menschen in andere Städte. Die meisten von ihnen wurden bis zur Ostgrenze deportiert. Das war seltsam, denn nach unserem Gesetz kann man, wenn ein Fall eröffnet wird, in dem es um die Ausweisung einer Person geht und ein Antrag auf Aufhebung der Entscheidung gestellt wird, diese Person nicht ausweisen. Aber dieses Mal haben sie sie abgeschoben, obwohl sie Anwält:innen, Gerichtsakten usw. hatten. Ich habe mittlerweile viele Kolleg:innen in der gleichen Situation, und deshalb verstehen wir nicht, was hier vor sich geht.»

Laut Esem finden diese Abschiebungen aufgrund eines ungeschriebenen Befehls aus Ankara statt. Interessanterweise wurden im selben Zeitraum die Überstellungen von den Ägäis-Inseln auf das griechische Festland aufgrund der Überbelegung der Einrichtungen auf dem Festland vorübergehend eingestellt. Darüber hinaus stieg die Anzahl der Menschen, die beim Versuch, die griechische Grenze zu überqueren, aufgegriffen wurden, in den letzten drei Monaten im Vergleich zum Rest des Jahres erheblich an. Unseren Gesprächen zufolge ist die Situation in den Abschiebegefängnissen schlimmer als erwartet. Und tatsächlich hat sich die Lage seit unseren Gesprächen nur noch weiter verschlechtert. Unter den Tausenden von Menschen, die sich in einer solchen Einrichtung befinden, können solidarische Anwält:innen nur einer begrenzten Anzahl helfen, während der Rest ohne jegliche rechtliche oder sonstige Unterstützung bleibt. Diese Orte werden häufig als Müllhalde für Geflüchtete genutzt, die aufgrund von Anklagen im Zusammenhang mit irregulärer Migration festgenommen werden, auch oftmals während eines einfachen Spaziergangs durch die Stadt.

Dirk Tobias Reijne,
No Border Kitchen, Lesbos
Fortsetzung im nächsten Archipel

* Der 1. Teil ist nachlesbar auf forumcivique.org, Archipel Nr. 335, April 2024

1. Im 1. Teil dieses Artikels beschreibt Ayşegül Karpuz Tör die Dichotomie der türkischen Migrationspolitik.



Die Hand reichen, jetzt! Wandskulptur, Basel 2024

Auf nach Istanbul!

Am 28. Juni dieses Jahres findet der nächste und möglicherweise entscheidende Prozesstag in der jahrzehntelangen juristischen Verfolgung von Pinar Selek statt. Auch wenn das Resultat der Kommunalwahlen Anlass zu Hoffnung gibt, kommt es auf unsere internationale Präsenz in Istanbul an, wie der Richter entscheiden wird. Wir suchen noch weitere Delegierte, die zum Prozess gegen Pinar Selek nach Istanbul reisen möchten. Hier das Communiqué der Delegation:

Am 28. Juni 2024 findet in Istanbul die x-te Anhörung in dem vor 26 Jahren begonnenen ungerechten Prozess gegen Pinar Selek statt, eine türkisch-französische Schriftstellerin und Soziologin, die fälschlicherweise des Terrorismus angeklagt und bereits viermal freigesprochen wurde. Denn jedes Mal, wenn ein Gerichtshof die Hintergründe des Falls prüfte, kam er zu dem Schluss, dass es keine Beweise gab. Dennoch wurde Pinar Selek Anfang 2023 erneut angeklagt, ohne dass neue Beweismittel zu ihrer Akte hinzugefügt worden wären. Zwei Anhörungen – am 31. März und am 29. September 2023 – führten zu keinem Ergebnis, ausser der Verweisung auf eine neue Anhörung, zu der Pinar Selek wiederum aufgefordert wurde, persönlich zu erscheinen. Dies ist unmöglich und undenkbar, da seit Januar 2023 ein Haftbefehl mit sofortiger Inhaftierung gegen sie vorliegt. Mehr noch: Anfang 2024 richtete die Türkei ein Auslieferungsgesuch an Frankreich und bestätigte den internationalen Haftbefehl. Pinar Selek wegen ihrer Forschungsarbeiten, ihrer literarischen Werke und ihrer Stellungnahmen zugunsten der kurdischen und armenischen Minderheiten, der feministischen Bewegungen und der LGBTQIA+-Minderheiten lebenslänglich einzusperren, bleibt offensichtlich immer noch die Obsession der derzeitigen türkischen Staatsmacht.

Wir, europäische Bürger:innen, Friedensaktivist:innen und Feminist:innen, französische Abgeordnete, Wissenschaftler:innen, Jurist:innen, Verleger:innen und Künstler:innen, werden erneut an der Seite von Pinar Selek stehen – in der Türkei, in Europa und

in der Welt – und diese unsägliche gerichtliche Folter anfechten. Wir fordern die französische Regierung erneut auf, ihre Unterstützung für diese Akademikerin und französische Staatsbürgerin zu bekräftigen und natürlich den skandalösen Auslieferungsantrag abzulehnen. Wir wenden uns auch an die europäischen Abgeordneten: Es geht um die Verteidigung der akademischen Freiheit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung – Grundrechte, ohne die keine Demokratie existieren kann.

Die afroamerikanische Aktivistin und Philosophin Angela Davis, die am 16. März vom Internationalen Filmfestival und Forum über Menschenrechte nach Genf eingeladen wurde, hat sich unserer Kampagne zur Unterstützung von Pinar Selek angeschlossen, indem sie feministische und anti-rassistische Aktivist:innen aus der ganzen Welt dazu aufrief, zahlreich an der Anhörung am

28. Juni in Istanbul teilzunehmen. Wir werden dort zahlreich als Teil einer internationalen Delegation anwesend sein, damit Pinar Selek endgültig zu 100 Prozent für unschuldig erklärt wird und sie endlich ihre volle Bewegungs-, Aktions- und Arbeitsfreiheit in der Türkei, in Frankreich und überall dort wiedererlangt, wohin sie ihre Forschungen und Aktionen führen.

Die Delegationsmitglieder

PS: Wir suchen noch Leute, von politischen Gruppierungen, Parteien oder Organisationen bzw Initiativen sowie aus dem universitären und juristischen Milieu, die an der Delegation teilnehmen möchten! Wenn Ihnen das möglich ist, oder Ihnen jemand einfällt, den wir ansprechen könnten, schreiben Sie bitte an: justice@pinarselek.fr



Angela Davis, 2024

Erklärung von Angela Davis*

Ich möchte hier meine nachdrückliche Unterstützung für Pinar Selek bekunden, die seit Jahrzehnten von der türkischen Justiz verfolgt wird, obwohl sie schon etliche Male freigesprochen wurde. Diese Verfolgung hängt direkt mit der Verbreitung von Totalitarismus auf der ganzen Welt zusammen. Es ist besonders wichtig, diejenigen zu unterstützen, die ihre Talente, ihre Fähigkeiten und ihre Forschung einsetzen, um die Sache der Freiheit und Gleichheit in der ganzen Welt zu fördern. Pinar Selek ist sicherlich eine Frau, die ihre Forschungen genutzt hat, um zu

garantieren, dass andere, die weniger Glück haben als sie, sich in Richtung Gerechtigkeit und Gleichheit bewegen können. Ich möchte Sie alle, insbesondere die anti-rassistischen, anti-kapitalistischen und feministischen Bewegungen auffordern, sich an die Seite von Pinar Selek zu stellen, um die akademische Freiheit zu unterstützen und den Kampf für Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit in der ganzen Welt zu fördern.

*bekannte US-amerikanische Bürgerrechtlerin, Philosophin, Wissenschaftlerin und Schriftstellerin

Der neue Migrationspakt

Am 10. April wurde der neue Migrationspakt endgültig im EU-Parlament beschlossen. Bereits zwei Monate davor, am 14. Februar, hat der LIBE (Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres) des Europäischen Parlaments mehrheitlich für die verschiedenen Gesetzestexte zur Reform des Europäischen Asylsystems gestimmt, das aus der Vereinbarung zwischen der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat vom 18. Dezember 2023 hervorgegangen ist.

Beim Verfassen dieser Analyse ist mir bewusst, dass diejenigen, die eine politische Entscheidung zu treffen haben, berücksichtigen müssen, dass ein Scheitern der Annahme des Asylreformpakets einen weiteren Schub in Richtung Zerfall der EU hätte bedeuten können. Denn angesichts eines ineffizienten und in der Praxis bereits teilweise nicht umgesetzten Gemeinsamen Asylsystems könnten sich viele Staaten für eine Art «free-for-all» entscheiden und damit einen Wettlauf um die vollständige Umgehung des Unionsrechts zugunsten unkontrollierbarer nationaler Normen und vor allem Praktiken auslösen, die mit dem Unionsrecht in Konflikt stehen.

Während einige Reformtexte mangelhaft und verwirrend sind oder inkohärente Reformprofile bieten, weisen andere Texte, insbesondere die Verordnung über gemeinsame Verfahren zur Prüfung von Asylanträgen, Aspekte von beispielloser Härte auf. Die schwerwiegendsten Fragen betreffen die «Besonderen Verfahren» an der Grenze, da hier eine völlige Umkehrung der korrekten Rechtslogik stattfindet, nach der die ordentlichen Verfahren für die meisten Situationen gelten, während Ausnahmen und Einschränkungen nur für streng umschriebene Sonderfälle in Betracht gezogen werden können.

Im Gegensatz dazu sieht der neue Text (Abschnitt IV, Artikel 41 ff.) vor, dass die Staaten besondere Grenzverfahren sowohl auf Personen anwenden können, die an einer Grenzübergangsstelle der Aussengrenze Asyl beantragt haben, als auch auf Personen, die unverzüglich Asyl beantragt haben, nachdem sie bei einem unerlaubten Grenzübertritt festgenommen wurden, und auf Personen, die nach einer Rettungsaktion auf See in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats gelangen. Diese Bestimmung kann auch auf Familien, Minderjährige und unbegleitete Minderjährige angewendet werden. Zusammen machen diese Personen fast alle Asylbewerber:innen in Europa aus. So wird das Sonderverfahren, das von Natur aus nur in streng begrenzten Fällen angewendet werden sollte, in sein Gegenteil verkehrt, d. h. es wird zum eigentlichen ordentlichen Verfahren, während dieses de facto auf begrenzte und Restsituationen angewendet wird.

Die Anwendung des Sonderverfahrens beinhaltet mehr oder weniger drastische Formen der Freiheitseinschränkung von Asylbewerber:innen, die für einen Zeitraum von bis zu 12 Wochen (in einigen Fällen 16) in ad-hoc-Einrichtungen in den Grenzgebieten, aber auch in anderen Gebieten des Mitgliedstaates (falls erforderlich), eingesperrt würden. Der Text der Reform ist sehr zweideutig, da er für die Antragsteller:innen «die Verpflichtung, an einem bestimmten Ort zu wohnen» vorsieht, eine Verpflichtung, die jedoch keine «Genehmigung zur Einreise und zum Aufenthalt im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates» darstellt. Dies ist eine schlecht versteckte Form der Inhaftierung, die geschickt den allgemeinen Grundsatz umgeht (der formal auch in der neuen «Aufnahmerichtlinie» in Kraft bleibt), dass ein:e Asylbewerber:in nicht allein deshalb inhaftiert werden darf, weil er/sie Asylbewerber:in ist. Der Artikel 31 der Genfer Flüchtlingskonvention, der es den Staaten untersagt, Sanktionen gegen Ausländer:innen zu verhängen, die irregulär in ihr Hoheitsgebiet einreisen, um Asyl zu beantragen, verbietet auch die administrative Haft von Asylwerber:innen. Haft oder andere Formen der Freiheitsbeschränkung sollten als Massnahme für Ausnahmefälle betrachtet werden, dürfen aber niemals aus ethnischen oder nationalen Gründen oder zur Abschreckung von Asylbewerber:innen angewandt werden.

Genau dies würde jedoch mit der neuen Verfahrensordnung geschehen. Die geplante Reform könnte sogar im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention stehen, deren Artikel 5 die Möglichkeit der vorübergehenden Inhaftierung einer ausländischen Person nur dann vorsieht, wenn diese ausschliesslich mit dem Ziel durchgeführt wird, seine illegale Einreise in das Hoheitsgebiet zu verhindern. Diejenigen, die an der Grenze um Asyl ersuchen, dies also unverzüglich tun, wenn sie aufgegriffen werden, und erst recht diejenigen, die auf See gerettet werden, befinden sich keineswegs in einer illegalen Situation, wie uns das Kassationsgericht seit langem vor Augen führt. Obwohl die aufgeworfenen rechtlichen Fragen schwer wiegen, könnte bestritten werden,

dass die Inhaftierung und die Anwendung des besonderen Grenzverfahrens in den oben genannten Fällen nicht obligatorisch, sondern fakultativ seien. Diese Massnahmen können auch nicht angewendet werden, wenn der betreffende Staat «seine angemessene Kapazität» zur Durchführung von Grenzverfahren erreicht hat. Worum geht es hier? Die künftige Verordnung sieht die Einführung eines neuartigen Verfahrens vor, wonach «die Kommission im Wege eines Durchführungsrechtsakts die Zahl berechnet, die der angemessenen Kapazität jedes Mitgliedstaats zur Durchführung von 'Grenzverfahren' entspricht» (Artikel 41b). Sobald diese Kapazität erreicht ist, ist der Staat, abgesehen von einigen Sonderfällen, nicht mehr verpflichtet, sie anzuwenden. Diese Kapazität soll 30.000 Einheiten betragen. Dieser neue und seltsame Begriff verringert die Zweifel an der Legitimität der Anwendung des Sonderverfahrens nicht, sondern verstärkt sie, da er sie völlig willkürlich und zufällig macht: Asylbewerber:innen würden nicht aufgrund ihres Status oder der Umstände ihrer Ankunft oder ihres Verhaltens, sondern aufgrund von zufälligen zeitlichen Faktoren (Ankunft in der EU vor oder nach Erreichen der entsprechenden Kapazität) unterschiedlichen Rechtsordnungen unterworfen. Es handelt sich also um eine Art Lotterie. Durch eine Änderung dieses technisch-administrativen Begriffs der «angemessenen Kapazität», der letztlich nur eine Zahl ist, könnte man sich vorstellen, sie auf 60.000 und dann schrittweise auf 100.000 Einheiten zu erhöhen, um so das Endziel zu erreichen, alle Asylbewerber:innen in das besondere Grenzverfahren aufzunehmen. Dies würde bedeuten, dass diejenigen, die Asyl beantragen, für die bloße Tatsache, dass sie Asyl beantragen, bestraft werden.

Der/die Leser:in hat sicherlich (im Gegensatz zur italienischen Regierung) herausgefunden, dass alle beschleunigten Grenzverfahren und die anschließende Inhaftierung in den Ankunftsändern durchgeführt werden sollen, vor allem in Italien und Griechenland, die wie alle osteuropäischen Länder zu riesigen Behältern werden sollen, in denen die grösstmögliche Anzahl von Asylbewerber:innen zusammengepfercht wird, um sich um die Aufnahme, die Prüfung der Anträge, die Rechtsstreitigkeiten und die Rückführung zu kümmern. Jede Aussicht auf eine Neuverteilung von Solidarität und Verantwortung innerhalb Europas würde damit ad absurdum geführt. Die obskuren Absichten, die aus dieser kurzen und unvollständigen Analyse der neuen Verordnung hervorgehen, sind beunruhigend, und noch beunruhigender ist es, dass die europäische linke Mitte mit dieser Entscheidung in einen politischen und kulturellen Abwärtsstrudel geraten ist, der ihre politische Zukunft in Europa für immer prägen wird.

Gianfranco Schiavone, Vorsitzender des ICS, Italienisches Konsortium der Solidarität*

*Mit der freundlichen Genehmigung des Autors leicht aktualisierter Auszug seines Artikels, erschienen im Original am 16. 02. 2024 in der Tageszeitung Unità.

Giftschleuder im Visier

Die hochgradig schädliche Chemiefabrik Arkema im Rhône-Tal wurde Anfang März von Aktivist:innen attackiert. Diese wurden daraufhin festgenommen – im Juni soll über sie geurteilt werden. Dabei gingen sie gegen Substanzen vor, die gemeinhin als «Jahrhundertgifte» (oder «forever pollution»,) bezeichnet werden.

Die jüngsten Bilder wirkten spontan bekannt; tatsächlich erinnerten sie frappierend an diejenigen, welche im vergangenen Jahr bei der «Entwaffnung» einer besonders umweltschädlichen Zementfabrik aufgenommen worden waren.¹

Auch an diesem Wochenende waren sie wieder in weissen und grösseren Gruppen unterwegs: die rund 300 Umwelt- und Klima-Aktivist:innen, die am vorigen Samstag, den 2. März 24 in die Chemiefabrik des französischen Konzerns Arkema im Rhône-Tal unweit von Lyon eindringen. In der Lyoner Vorstadt Oullins-Pierre-Bénite hingen sie unter anderem ein Plakat mit der Aufschrift «Gift» und einem Totenkopf an dem Werk auf, zerschlugen Glasscheiben und holten Tische und Einrichtungsgegenstände nach draussen. Danach

ertönte zwar in den Medien das Hohelied von der Sachbeschädigung und der Illegalität, doch die Aktion wirkte – denn den ganzen Samstagabend über redete man bei bürgerlichen Sendern von dem, worum es den Aktivist:innen ging, nämlich die Verseuchung des Rhôneflusses, der Landschaft und der Menschen mit so genannten PAFS, im Französischen auch als «polluants éternels» (ewige Umweltgifte), im englischen Sprachgebrauch als «forever pollution» und im Deutschen auch als «Jahrhundertgifte» bekannt. Alle hatten davon gehört, doch Arkema stellt sie her.

Die Firma wiederum gab dazu bekannt, die Aktion komme zum falschen Zeitpunkt, weil man ohnehin geplant habe, noch in diesem Jahr die Umwelt nicht länger durch PAFS zu verschmutzen. Teufel aber auch, es

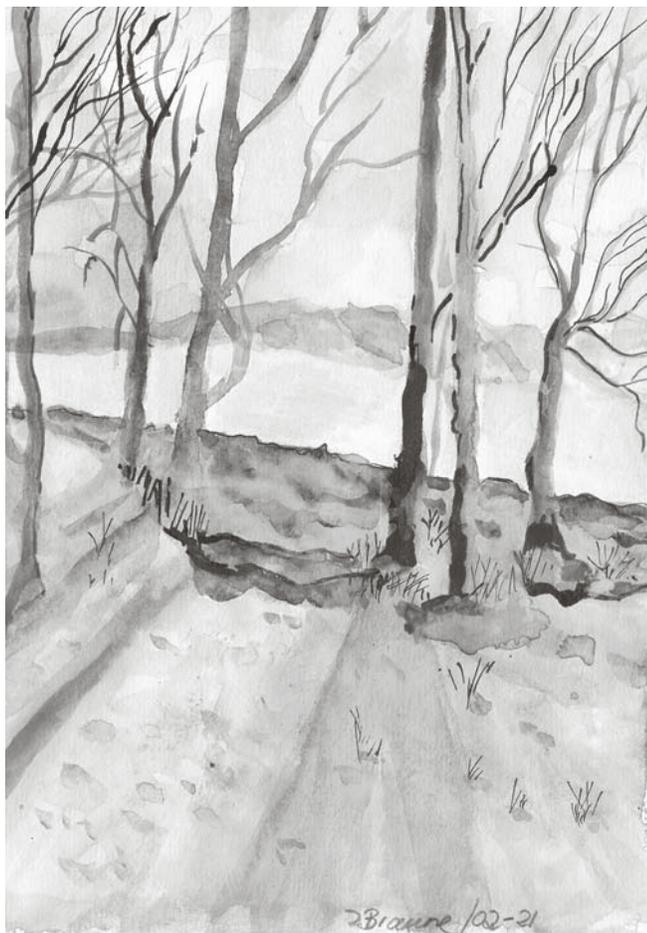
trifft immer die falschen Unternehmen, weil die, die zum Ziel von Aktionen werden, stets gerade drauf und dran waren, richtig gut zu werden... Hätte man sie nur lassen... Leider werden sie nur immer auf dem falschen Fuss erwischt. So ein Pech! In Wirklichkeit verhielt es sich allerdings eher so, dass die regionalen Behörden – ihrerseits durch die Veröffentlichungsserie vom vorigen Jahr zu PAFS (u.a. durch die Süddeutsche Zeitung und Le Monde) unter Druck gesetzt – Arkema anordneten, bis zum Jahresende 2024 die Freisetzung von PAFS «drastisch zu reduzieren».

Was jedoch real daraus wird (jaja, die gute alte Erpressung mit dem Arbeitsplätze-Argument gibt's übrigens auch noch) und wie «drastisch» die Reduktion dann wirklich aussieht, tja, das bleibt vorläufig noch abzuwarten. Wie nun nach dem Ende des Polizeigewahrsams für die festgenommenen Aktivist:innen bekannt wurde, sollen acht identifizierte Teilnehmer:innen wegen, hoppla, «Bildung einer Vereinigung zur Begehung von Gewalt gegen Personen oder Sachen» vor Gericht gestellt werden. Gegen eine Person unter ihnen soll überdies wegen gewaltsamen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte Anklage erhoben werden, gegen ihrer fünf wegen Sachbeschädigung. Der Prozess dazu wurde auf Juni dieses Jahres angesetzt.

Bernard Schmid

1. Siehe Archipel Nr. 327, Juli 2023, «Aufstände der Erde verbieten»

Buchtipp: Kains Aufzeichnungen



Ingrid Braune

Nach mehreren anderen Publikationen hat unser Archipel-Mitarbeiter Michael Rössler einen Roman veröffentlicht unter dem Titel: «Kains Aufzeichnungen», erschienen 2023 im Bellis-Verlag in Stuttgart. Das Buch spricht mehrere sensible Themen unserer Gesellschaft an: die Problematik eines Suizids und die damit verbundene Schuldfrage, die Schaffung einer eigenen sexuellen Identität und die politischen Auswirkungen der Vergangenheit auf die heutige Zeit.

Nachdem der Protagonist Martin Berger begonnen hat, seine Geschichte aufzuschreiben und an der Vergangenheit verzweifelt, tritt Nadine in sein Leben. Gemeinsam beginnen sie eine Reise in die Gegenwart. Der Roman von Michael Rössler entwickelt sich nach und nach zu einem rasanten, spannenden Road-Movie durch verschiedene Länder und Zeiten. In der Beilage dieser Archipel-Ausgabe finden Sie einen Flyer mit einem Bestellschein für dieses Buch.

Die Redaktion